



Pressemitteilung

In AKW-Umgebung 60% erhöhte Krebsrate und 120% erhöhtes Leukämierisiko für Kinder

Die aktuelle Studie des Mainzer Kinderkrebsregisters bestätigt das jahrelange Engagement der IPPNW

Ulm/Berlin, 9.12.2007 Eine von der Ulmer Ärzteinitiative, Regionalgruppe der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW, vor Jahren auf den Weg gebrachte offizielle Studie bestätigt nun, dass die Krebsrate und das Leukämierisiko von Kindern in der Nahumgebung deutscher Atomkraftwerke deutlich erhöht ist. Die Untersuchung des Deutschen Kinderkrebsregisters in Mainz hat zum Ergebnis, dass das Risiko für Kinder, an Leukämie zu erkranken, mit zunehmender Nähe zu einem Atomkraftwerk zunimmt. Das Bundesamt für Strahlenschutz, das die Studie in Auftrag gegeben hat, weist darauf hin, dass „nachweislich das Risiko für Kinder an Leukämie zu erkranken umso größer ist, je näher sie am Reaktor wohnen“.

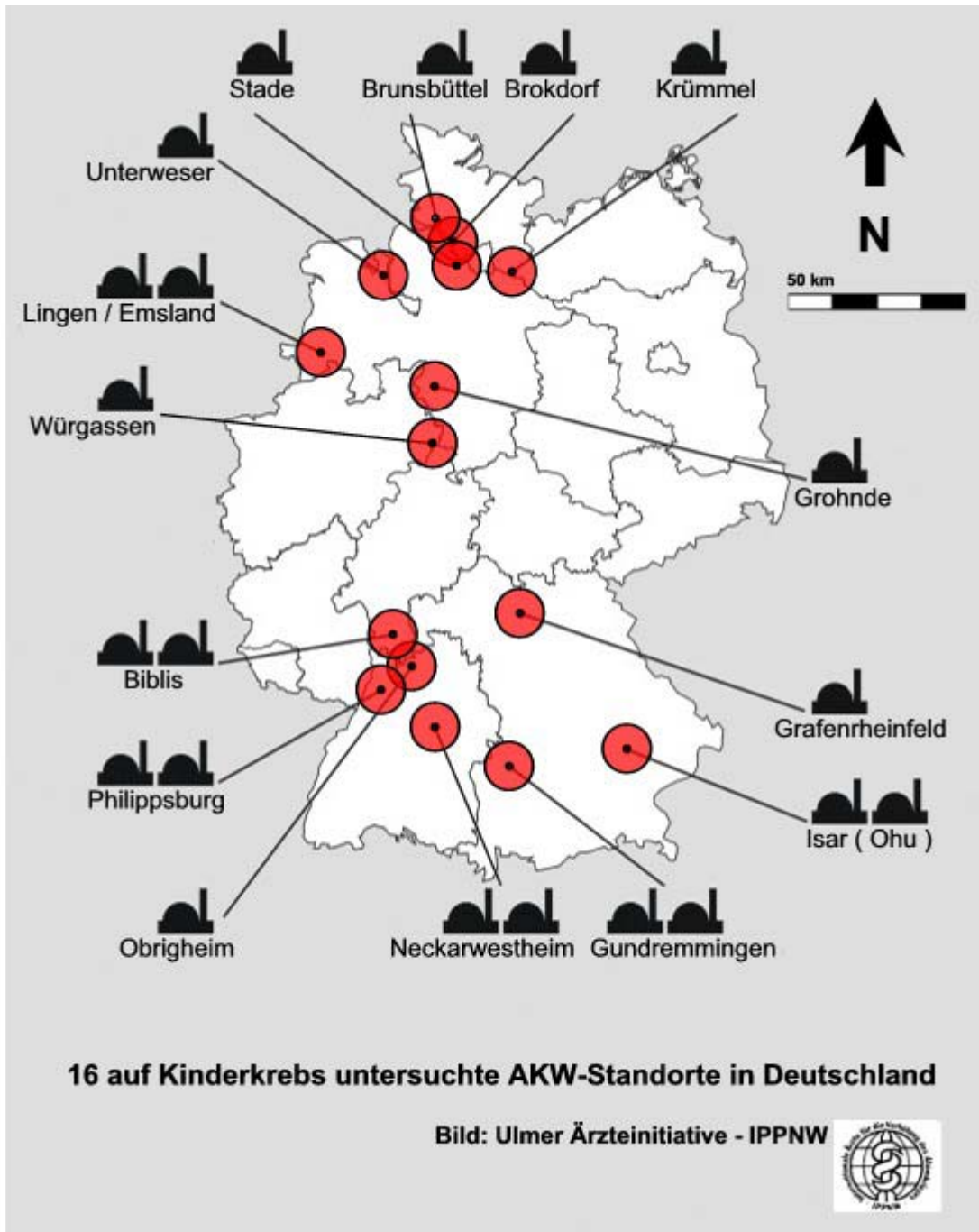
Die Fall-Kontroll-Studie beweist eine um 60% erhöhte Krebsrate und ein 120% erhöhtes Leukämie-Risiko für Kinder unter 5 Jahren, die im 5-km Umkreis von Atomkraftwerken wohnen. Die Studie umfasst die 16 Standorte aller deutschen Atomkraftwerke und einen langen Studienzeitraum von 24 Jahren (1980-2003).

Die Studie mit dem Titel „Epidemiologische Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken“ (KiKK-Studie) war 2001 von der IPPNW und der Ulmer Ärzteinitiative durch eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit eingefordert worden, nachdem eine von der IPPNW initiierte Studie, durchgeführt von Dr. Alfred Körblein (Umweltinstitut München), signifikant erhöhte Kinderkrebsraten in der Umgebung von bayerischen Atomkraftwerken ergeben hatte. Erst nach massivem öffentlichem Druck und über 10.000 Protestbriefen an Behörden und Ministerien hatte das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die Notwendigkeit weiterer Studien akzeptiert. Den Auftrag für die Studie vergab das BfS im Jahr 2003 an das Mainzer Kinderkrebsregister.

Nachdem nun der Zusammenhang zwischen erhöhten Krebs- und Leukämieraten und der Wohnortnähe zum Atomkraftwerk nachgewiesen wurde, müssen die Ursachen dafür umgehend weiter aufgeklärt werden. Die betroffene Bevölkerung an AKW-Standorten sollte schnell und umfassend mit geeigneten Screening-Methoden untersucht werden.

„Bei diesen massiven Befunden an jedem deutschen Atomkraftwerks-Standort ist eine strahlenbedingte Ursache auf jeden Fall hoch wahrscheinlich. Wer jetzt noch über Zufall spricht, macht sich lächerlich“, so Dr. med. Angelika Claußen, Vorsitzende der IPPNW. „Das im europäischen Umweltrecht verankerte Vorsorgeprinzip gebietet es nun, die deutschen Atomkraftwerke umgehend stillzulegen.“

Die IPPNW fordert jetzt das Bundesumweltministerium auf, umgehend die offensichtlich zu laschen Grenzwerte für radioaktive Emissionen aus den Atomkraftwerken zu überprüfen und deutlich zu senken. Ab sofort sollten nicht mehr die betroffenen Kinder und Eltern die Beweislast für die Ursache der Erkrankung tragen müssen, sondern umgekehrt die Betreiber der Atomanlagen.



Mehr Hintergrundinformationen und chronologischer Überblick bei: www.ippnw-uhl.de www.ippnw.de

Weiteres Internet zum Thema: www.alfred-koerblein.de www.bfs.de

Kontakt: Reinhold Thiel, Sprecher der Ulmer Ärzteinitiative: Tel 0176-511 64 195 oder 07346-8407
Dr. med. Angelika Claußen, IPPNW-Vorsitzende, Tel. 0521-15 22 13
Henrik Paulitz, IPPNW-Fachreferent für Atomenergiefragen, Tel. 0621-3972-668

Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW)
Körtestr. 10, 10967 Berlin, www.ippnw.de, Email: ippnw@ippnw.de

